

Helmholtzstraße 28,
Tel. 0211-994160
info@laga-nrw.de

40215 Düsseldorf
Fax 0211-9941615
www.laga-nrw.de



Pressemitteilung vom 21.01.2008

Keine Ethnisierung der Jugendkriminalität

Vorstand der LAGA NRW mahnt ernsthafte Diskussion statt latent rassistischer Parolen an

Auf seiner ersten Sitzung im Jahr 2008 verabschiedete der Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA NRW) eine Resolution zur aktuellen Debatte um Jugendkriminalität.

Die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Integrationsräte und Ausländerbeiräte sprechen sich für eine differenzierte Diskussion aus, die junge Migranten nicht unter Generalverdacht stelle. Vielmehr müssten die objektiven Ursachen für Gewalt und Kriminalität untersucht und politisch bekämpft werden. „Kriminologen wie Sozialpädagogen zeigen uns schon lange den Zusammenhang von sozialer Ausgrenzung, schlechten Bildungschancen und Gewalt auf. Darauf muss die Politik reagieren, wenn sie das Thema Jugendkriminalität wirklich ernst nimmt“, meint LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek.

Er sei für eine harte Bestrafung von Gewalttätern nach den geltenden Gesetzen, aber Vorfälle wie den Überfall in der Münchener U-Bahn für Wahlkampfzwecke zu missbrauchen und unbrauchbare Vorschläge in die Welt zu setzen, sei keine seriöse Politik. „Mehr noch: Diese populistische Debatte vergiftet die so dringend notwendige Atmosphäre in der Integrationspolitik. Wenn es eine erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft geben soll, brauchen wir die Beteiligung und nicht die Verunglimpfung der Betroffenen. Das unsägliche Verhalten von Herrn Koch torpediert übrigens auch die Absichten der Bundesregierung, die mit dem ‚Nationalen Integrationsplan‘ das Thema erstmals umfassend anpackt.“

Insbesondere lehnen die Migrantenvertreter „die Abschiebung von straffällig gewordenen ausländischen Jugendlichen ab“, heißt es in der Resolution. Da die Jugendlichen „in den allermeisten Fällen in Deutschland sozialisiert wurden und das Problem damit ein „hausgemachtes“ ist“ könne es nicht sein, dass die Verantwortung für die Probleme, die in Deutschland entstanden sind, auf das Herkunftsland der Eltern oder Großeltern abgeladen würden.